

AP-01 Atompolitik: Kein Ausstieg aus dem Austieg

Antragsteller/innen: Bundesvorstand

Gegenstand: Atompolitik: Kein Ausstieg aus dem Austieg

Anmerkungen: Beschluss vom 12.10.2009

Renaissance des Atomwiderstands – Wir sind vorbereitet!

- 1 Mit der Aufkündigung des Atomkonsenses durch Schwarz-Gelb wird der unter Rot-Grün
- 2 befriedete gesellschaftliche Konflikt um die Atomkraft neu angefacht. Union und FDP
- 3 formulieren in ihren Koalitionsverhandlungen eine Kampfansage an die Umweltbewegung,
- 4 die Anti-Atom-Bewegung, die Erneuerbare Energien-Branche und somit an uns Grüne.
- 5 Nach dem Willen der neuen Regierungsparteien sollen störanfällige Altreaktoren wie Biblis A,
- 6 Brunsbüttel, Krümmel oder Neckarwestheim länger laufen und damit Mensch und Umwelt
- 7 länger gefährden dürfen. Das ungelöste Atommüllproblem würde weiter vergrößert, die
- 8 Umsetzung modernerer Sicherheitsstandards blockiert. Statt einer ergebnisoffenen Suche
- 9 nach dem besten Endlager will Schwarz-Gelb die politisch motivierte Vorfestlegung auf den
- 10 Salzstock in Gorleben fortschreiben, trotz des Desasters im absaufenden Salzbergwerk Asse
- 11 II. Und auf dem Energiemarkt droht die Zementierung der marktbeherrschenden Stellung der
- 12 Atomkonzerne zulasten neuer Wettbewerber und der Erneuerbaren Energien.
- 13 Wenn die neue Regierungskoalition den Atomausstieg aufkündigt, gefährdet sie
- 14 hunderttausende von Arbeitsplätzen, die im Bereich der Effizienztechnologie, im
- 15 Maschinenbau, beim Handwerk und bei kleinen und mittelständischen Unternehmen der
- 16 Erneuerbaren Energien bereits entstanden sind oder entstehen würden, wenn ihnen
- 17 Planungssicherheit gewährt würde.
- 18 Deutschland wird Opfer eines schmutzigen Atom-Deals: einerseits Laufzeitverlängerungen
- 19 und Milliardenprofite für die Atomkonzerne, andererseits ein mit einem Bruchteil dieser
- 20 Gewinne ausgestatteter Fonds, mit dem die Atomkonzerne ihre Erneuerbare-Energien-
- 21 Sparte und ihre CCS-Projekte päppeln. Das Geld wandert also nur von der linken in die
- 22 rechte Tasche der Energiekonzerne. Verlierer sind die Erneuerbaren Energien, der
- 23 Energiewettbewerb und die Verbraucherinnen und Verbraucher. Zusätzlich sollen die
- 24 Konzerne weiterhin Gewinne einstreichen, und die rasant steigenden Lasten der atomaren
- 25 Vergangenheit, wie marode Endlager, Forschungseinrichtungen, Uranbergbau u.a. werden
- 26 mit Milliardenbeträgen dem Steuerzahler aufgebürdet.
- 27 Das Gerede von der Atomkraft als „Brückentechnologie“ entbehrt jeder Glaubwürdigkeit. Im
- 28 Bundeswirtschaftsministerium und Bundesforschungsministerium werden längst Pläne für
- 29 den Neubau von Atomkraftwerken geschmiedet. Und über EURATOM unterstützt die
- 30 Bundesregierung sogar die Entwicklung von Atomreaktoren. Nach Willen von Union und FDP
- 31 soll die Atomkraft dauerhaft eine zentrale Säule der Energieversorgung in Deutschland sein.
- 32 Für diese Politik des atomaren Rückschritts gibt es keine gesellschaftliche Mehrheit in
- 33 unserem Land und dafür können Merkel und Westerwelle nach ihrem inhaltsleer geführten
- 34 Wahlkampf auch kein Mandat der Wählerinnen und Wähler beanspruchen!
- 35 Den schwarz-gelben Plänen für eine Renaissance der Atomkraft setzen wir eine

36 Renaissance des Widerstands entgegen. Die großen Anti-Atom-Demonstrationen in
37 Gorleben und Berlin waren nur der Anfang! Gemeinsam mit Umweltverbänden,
38 Gewerkschaften, kirchlichen Gruppen, kritischen Wissenschaftlern und Gleichgesinnten im
39 ganzen Land werden wir den geplanten Ausstieg aus dem Atomausstieg auf allen Ebenen
40 bekämpfen – in den Parlamenten, vor Ort an den AKW-Standorten und auf der Straße.

41 **Risiko-Reaktoren abschalten!**

42 Während Union und FDP die Sicherheit der deutschen Atomkraftwerke rühmen, zeigen die
43 bis heute über 5.000 Zwischenfälle in deutschen Atomkraftwerken und zuletzt die
44 Pannenserie im Atomkraftwerk Krümmel eine ganz andere Wirklichkeit. Die sieben
45 ältesten Meiler sind nicht oder nur völlig unzureichend gegen terroristische Anschläge
46 geschützt, für weitere acht deutsche Atomreaktoren fehlt der Nachweis einer sicheren
47 Störfallbeherrschung. Die Reaktor-Sicherheitskommission hat schon im Dezember 2008
48 festgestellt, dass in den betroffenen Druckwasserreaktoren eine Katastrophe droht, wenn
49 bei einem Leck des Kühlsystems abgetrenntes Isoliermaterial die Notkühlpumpen
50 verstopft (Sumpfsieb-Problem). Den Nachweis, das Problem im Griff zu haben, haben die
51 Betreiber und die zuständigen Landesaufsichtsbehörden bis heute nicht oder nur
52 unzureichend erbracht.

53 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern deshalb:

- 54 die alten, störanfälligen und nicht genügend gegen Flugzeugabstürze gesicherten
- 55 Atomkraftwerke vorzeitig abzuschalten;
- 56 die vom Sumpfsieb-Problem betroffenen Atomkraftwerke sofort vom Netz zu
- 57 nehmen, bis das Problem nachweislich behoben ist;
- 58 Krümmel endgültig stillzulegen und Vattenfall die Betriebserlaubnis für
- 59 Atomkraftwerke wegen Unzuverlässigkeit zu entziehen;
- 60 das verschärfte kerntechnische Regelwerk umgehend in Kraft zu setzen, damit die
- 61 verbliebenen Atomkraftwerke nach dem neuesten Stand von Wissenschaft und
- 62 Technik betrieben werden;
- 63 dass die Pläne von deutschen Stromkonzernen, in Osteuropa Billigmeiler mit
- 64 schlechten Sicherheitsstandards zu bauen, unterbunden werden. Dafür sollte die
- 65 EU-Kommission unverzüglich einen Vorschlag für einheitliche, strengste und
- 66 verbindliche Sicherheitsanforderungen für alle Atomanlagen in der Europäischen
- 67 Union vorlegen, welche den Stand von Wissenschaft und Technik umsetzen.

68 **Neustart bei der Endlagersuche**

69 Bereits die Auswahl von Gorleben war, wie die Auswahl der Asse, eine stark politisch
70 motivierte Entscheidung, die gegen den Rat der Geologen erfolgte. Die schwarz-gelbe
71 Bundesregierung unter Kohl ließ dann 1983 ein entscheidendes Gutachten zum Salzstock
72 Gorleben gezielt manipulieren. Sicherheitsbedenken der Experten wurden bewusst
73 herausgestrichen. Unter dem Deckmantel der Erkundung wurde dann mit dem Bau eines
74 Endlagers rechtswidrig begonnen. Merkel und Westerwelle bauen auf dem
75 atompolitischen Lügengebäude ihrer schwarz-gelben Vorgänger auf. Sie ignorieren die
76 aktuellen Erkenntnisse und halten unbeirrt an einem Endlager Gorleben fest. Sie
77 verhindern damit, dass Lehren aus Asse gezogen werden und sie verhindern ein
78 geordnetes, allein an Sicherheit orientiertes Endlagersuchverfahren.

79 BÜNDNIS 90/DIE Grünen fordern deshalb:

- 80 die Vorgänge bei der Auswahl, Erkundung und dem Bau des Endlagers in Gorleben
- 81 in einem parlamentarischen Untersuchungsausschuss des Bundestages
- 82 aufzuklären und dabei auch die skandalösen Vorgänge in den bereits in Betrieb

- 83 befindlichen Endlagern Asse und Morsleben zu untersuchen;
- 84 eine ergebnisoffene, vergleichende Endlagersuche durchzuführen, welche die
- 85 Empfehlungen der unter Rot-Grün eingesetzten Expertenkommission zur
- 86 Endlagersuche (AK End) umsetzt;
- 87 dieser vergleichenden Suche eine systematische wissenschaftliche Diskussion
- 88 voranzustellen, welche die Erfahrungen in der Asse systematisch auswertet und
- 89 insbesondere die Fragen zur mangelhaften Prognosefähigkeit, zu Vor- und
- 90 Nachteilen der Rückholbarkeit und zur Eignung von Salz neu bewertet;
- 91 in allen Entscheidungen und Verfahren zur Endlagerung (Asse, Morsleben, Schacht
- 92 Konrad, Endlagersuche) Transparenz und Partizipation zu einem Leitmotiv zu
- 93 machen;
- 94 den Standort Gorleben aufzugeben, weil er geologisch nicht geeignet und politisch
- 95 verbrannt ist.

96 **Erneuerbare statt Atom**

97 Jede zusätzliche Kilowattstunde Atomstrom schränkt die Marktchancen von Wind-,

98 Sonnen- oder Biomassestrom ein. Schon heute stehen zeitweise Windkraftanlagen still,

99 weil die großen Mengen des dreckigen Atom- und Kohlestroms den Ausbau der

100 Erneuerbaren Energien behindern. Mit der Laufzeitverlängerung wird das Problem

101 verschärft. Die Folge: Investitionen in die Erneuerbaren werden behindert, zehntausende

102 Arbeitsplätze gefährdet und der Klimaschutz bleibt auf der Strecke.

103 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern deshalb:

- 104 Fortsetzung der erfolgreichen Förderung aller Erneuerbaren Energien nach dem
- 105 EEG und Wiedereinführung des Vermarktungsgebotes für den EEG Strom.
- 106 Festhalten an der Vorrangregelung für Strom aus Erneuerbaren Energien.

107 **Fairer Wettbewerb statt Milliarden für die Konzerne**

108 Aufbau und Betrieb der Atomkraftwerke wurden bereits mit über 160 Mrd. Euro

109 Steuermittel subventioniert. Längere AKW-Laufzeiten sichern den Atomkonzernen weitere

110 Zusatzeinnahmen von 1 Mio. Euro pro Tag und Reaktor – zu Lasten der Verbraucherinnen

111 und Verbraucher, für die Strom weiterhin teurer wird, wie die gerade beschlossenen

112 Preiserhöhungen zeigen. Die Abzocke muss beendet, die Vormachtstellung der

113 Atomkonzerne gebrochen werden.

114 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern deshalb:

- 115 Einführung einer Brennelementesteuer, mit der die externen Kosten der
- 116 Atomwirtschaft auf die Konzerne übertragen werden;
- 117 Übertragung der Stromnetze aus der Hand der Konzerne in eine unabhängige
- 118 Netzgesellschaft, mehrheitlich in öffentlicher Hand;
- 119 eine Versicherung für alle Atomkraftwerke, die auch die maximale Schadenshöhe
- 120 abdeckt;
- 121 Übertragung der Rückstellung der Atomwirtschaft in einen öffentlich kontrollierten
- 122 Fonds.

123 Wir werden nicht nachlassen, die Atomlügen der Energiekonzerne und ihrer politischen

124 Helfershelfer öffentlich zu entlarven und zu widerlegen. Wir werden den Kampf aufnehmen

125 gegen den Ausstieg aus dem Atomausstieg und für eine verantwortbare, klimaverträgliche,

126 sichere und bezahlbare Energieversorgung in Deutschland – gemeinsam in einem breiten

127 zivilgesellschaftlichen Bündnis.

128